

## Pressemitteilung

13. Oktober 2009

Ansprechpartnerin:  
Dr. Anette Reil-Held  
MEA - Universität Mannheim  
L 13,17  
68131 Mannheim

Tel: +49-621-181-1820  
reil-held@mea.uni-mannheim.de  
<http://www.mea.uni-mannheim.de>

---

### Zur Stellungnahme der Rentenversicherung zur aktuellen MEA-Studie

Das MEA begrüßt es, dass die Deutsche Rentenversicherung (DRV) eine Stellungnahme zu unserer aktuellen MEA-Studie mit dem Titel "Auswirkungen der Finanzkrise auf die Gesetzliche Rentenversicherung, ihre Beitragszahler und ihre Rentner" abgegeben hat. Wir stimmen mit der DRV überein, dass die Gesetzliche Rentenversicherung "nur mittelbar" von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen ist. Diese mittelbaren Folgen durch ein Lohnwachstum, das drei Jahre lang unter demjenigen liegt, was der letzte Rentenversicherungsbericht (2008) angenommen hat, sind jedoch hoch. Darauf hinzuweisen ist Ziel dieser MEA-Studie.

Es ist korrekt, dass die Beitragseinnahmen bislang nicht gefallen sind. Jedoch gehen primär nicht diese, sondern die Löhne gemäß der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in die Rentenformel ein. Diese sind nach jüngsten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes im zweiten Quartal 2009 um 1,2 Prozent real (d.h. 0,8 Prozent nominal) gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die MEA-Studie geht davon aus, dass sich diese Entwicklung auch im zweiten Halbjahr fortsetzt. Zudem gilt: Wenn es nicht zu einem dauerhaften Absinken des Lohnniveaus kommen soll, müsste nach 2012 mehrere Jahre lang die Lohnwachstumsrate zwischen 4 und 5 Prozent liegen. Dies halten wir für ökonomisch unplausibel.

Nicht richtig ist, dass die MEA-Studie die "erheblichen Auswirkungen auf die private Alterssicherung und auch auf die Vorsorgebereitschaft der Menschen" ignoriert. Das Gegenteil ist der Fall. Bereits auf der ersten Seite der Studie werden die Risiken und Wertverluste der kapitalgedeckten Rente angesprochen.

Das MEA finanziert sich als Forschungsinstitut zu etwa zwei Dritteln aus Mitteln der Forschungsförderung, vor allem seitens der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Forschungsrahmenprogramme der Europäischen Kommission. Das Land Baden-Württemberg finanziert ein weiteres Sechstel. Das übrige Sechstel wird aus Mitteln der Wirtschaft finanziert, überwiegend seitens der Versicherungswirtschaft. Damit sind fast 85% der Finanzierung öffentliche Mittel.